



Die Tramlinie 8 ist eins der Projekte, in die Interreg-Mittel fließen. Im Dreiland sorgt man sich nun um den Fortbestand des Programms.

Angst vor Schweizer Interreg-Ausstieg

Die Schweizer Interreg-Beteiligung steht auf der Kippe. Und die EU-Kommission denkt über eine zentralisierte Mittelvergabe nach. Beides bedeutete kein Aus für die grenzüberschreitende Kooperation, machte sie aber schwieriger.

■ Von Annette Mahro

KREIS LÖRRACH/BASEL Es könnte enger werden bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sowohl die EU als auch die Schweiz als gewichtiger Partner in über die Grenzen blickenden Kooperationsprojekten, überdenken ihre Prinzipien. So will die EU-Kommission ihre sogenannte Kohäsionspolitik, die den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt stärken soll, nach 2027 stärker zentral ausrichten. Die regionalen Partner vor Ort könnten dann ins Hintertreffen geraten. Quasi zeitgleich denkt man beim Schweizer Bund darüber nach, bei der sogenannten Neuen Regionalpolitik (NRP) den Rotstift anzusetzen, die das grenzübergreifende Interreg-Programm mitfinanziert. Politiker vor Ort sind alarmiert.

So sorgt sich etwa Bea Biber, Großrätin des Kantons Aargau und Vorstandsmitglied des deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinrats, hinsichtlich der eidgenössischen Sparbestrebungen um den Fortbestand des Programms in seiner trinationalen Form. Es geht um das sogenannte „Entlastungspaket 2027“, mit dem der Schweizer Bundesrat auf knappe

Kassen reagieren will. Im Paket sind 59 Maßnahmen vorgesehen, mit denen mehrere Milliarden Franken jährlich eingespart werden sollen: Unter anderem steht die weitere Alimentierung des NRP-Fonds zur Diskussion, der seit seiner Einrichtung 2008 das Ziel verfolgt, die Innovationskraft, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Bergregionen, anderen ländlichen Gebieten und Grenzregionen zu stärken.

Im NRP-Rahmen beteiligte sich die Schweiz bisher auch an EU-Interreg-Projekten, für die sie als Nicht-EU-Mitglied zwar keine Fördergelder erhalten, aber als Projektpartner mit im Boot sein konnte. Während Partner aus Deutschland und Frankreich ihren selbst beigesteuerten Beitrag für einzelne Projekte noch einmal in etwa gleicher Höhe, das heißt zu 50 oder 60 Prozent aus EU-Töpfen erhalten, so springen bisher auf Schweizer Seite zu gleichen Teilen der Bund und die fünf Nordwestschweizer Kantone in die Bresche. Sollte dieses Modell jetzt mittelfristig Sparmaßnahmen zum Opfer fallen, würde das auch eine Neuausrichtung des bisher trinationalen orientierten Interreg Oberrhein bedingen.

Das brächte zwar nicht die entsprechenden Gremien, wie den seit 1997 bestehenden Oberrheinrat (ORR), oder den 2007 aus der Taufe gehobenen Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ins Wanken. Problematisch wäre ein solcher Wegfall aber natürlich dennoch, wie TEB-Geschäftsführer Frédéric Duvinage erklärt. Zwar finanziert sich der TEB selbst aus Beiträgen seiner aktuell 81 Mitgliedsge-

meinden, Städten und Gebietskörperschaften aus den drei Ländern. Man stehe aber ausdrücklich auf zwei Beinen, dem politischen und dem projektbezogenen, so Duvinage. Bei Letzterem würde es ohne Anschubfinanzierung via Interreg aber schwierig.

Zu den Vorzeige-Projekten gehören etwa der Museumspass, Tramverlängerungen von Basel nach Saint-Louis und Weil am Rhein oder die trinationale Beratungsstelle Infobest Palmrain. Zwar gibt es das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierte Interreg-Programm vielerorts auch binational, was

entsprechend auch im Dreiländereck denkbar wäre. Ein Ausstieg der Schweiz wäre für Duvinage aber alles andere als wünschenswert: „Wenn das passiert, wird es natürlich negative Effekte haben für uns, und es ist wichtig, dass NRP bestehen bleibt.“ Wenn umgekehrt die EU die Zentralisierung stärker vorantreibt, mache auch das zwar die Arbeit im Sinne der Grenzregionen kaum einfacher, es ließe sich aber vermutlich damit umgehen.

Andreas Doppler leitet den Bereich Förderprogramme und ist gleichzeitig Ansprechpartner bei der Interkantonalen Koordinationsstelle bei der Regio Basiliensis (IKRB) für Interreg-Oberrhein. Naturgemäß sieht auch er die, wenngleich bisher noch nicht in Stein gemeißelten, Einsparungen kritisch. Doppler weist allerdings darauf hin, dass auch bei einem Ausstieg des Bundes ja noch der Anteil der fünf Nordwestschweizer Kantone Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Jura und Solothurn erhalten bliebe, die sich bisher bei den In-

terreg-Projekten zusammen mit dem Bund beteiligen. Überhaupt waren sie es beim Interreg-Auftakt 1990 auch noch alleine, die mitfinanzierten, während der Bund erst vier Jahre später dazukam.

In konkreten Zahlen ist im aktuellen Interreg-Förderzeitraum 2021 bis 2027 bezogen auf die Bundes- und die Kantonsbeteiligung von zweimal rund acht Millionen Franken (oder 8,5 Millionen Euro) die Rede. Gemessen am Gesamtrahmen von aktuell 125 Millionen Euro wären sowohl der Verlust auf der einen als auch die Einsparung auf der anderen Seite also noch überschaubar, so Doppler. Umso größer sind seine Befürchtungen aber mit Blick auf die Beziehungen Schweiz-EU: „Das würde natürlich einen großen Flurschaden mit sich bringen.“ Auch Bestrebungen, die bilaterale Zusammenarbeit seitens der Schweiz wieder auf ein neues Fundament zu stellen, liefe der NRP-Ausstieg nach seiner Auffassung diametral entgegen.

Unisono besorgt zeigt man sich auch um die trinationalen Gremien, wie etwa im Oberrheinrat, der sich zuletzt noch für weiterhin offene Grenzen ausgesprochen und in seiner jüngsten Resolution Mitte Juni „die zentrale Rolle des EU-Förderprogramms Interreg Oberrhein für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ betont hatte. Auch mit Blick auf die Pläne der EU-Kommission zur Mittelzentralisierung forderten die Räte in einer Pressemitteilung eindringlich, Interreg in seiner heutigen Form nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Europäische Zusammenarbeit brauche stabile Strukturen. Gerade deshalb gelte es aber auch, Interreg und grenzüberschreitende Einrichtungen zu verteidigen.